

berufen. Die Omnipräsenz des Migrationsdiskurses verdeckt diesen zentralen Aushandlungskonflikt. Um die Probleme zu erkennen, die derzeit Gesellschaften polarisieren, müssen wir hinter die Migrationsfrage schauen, also postmigrantisch denken. Dazu ist es erforderlich, den Fokus auf gesellschaftspolitische Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu lenken, die als umkämpfte politische Güter auch von Migrant*innen und ihren Nachkommen beansprucht werden. Das ist der Kern einer postmigrantischen Analyse.

Die Ausgangsthese ist also, dass Migration sich regelrecht zu einer Chiffre für Pluralität herauskristallisiert hat, in deren Ablehnung sich gleichermaßen die Abwehr weiterer pluraler Lebensentwürfe bündelt. Denn mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus werden im Windschatten der Migrationsabwehr auch andere liberale Pluralitätswürfe zurückgedrängt. Antifeminismus, Homo- und Transphobie, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Xenophobie sind sichtbare Elemente einer Vereindeutigungspolitik geworden, der es zunehmend gelingt, Wählerschichten zu mobilisieren. Auch Teile der unentschiedenen Mitte fühlen sich von den vermeintlich klaren Angeboten angezogen, die in die Arena der verwirrenden Pluralität eingespeist werden: Rückkehr zu Nation, Religion oder Männlichkeit – teilweise in karikaturesker Übertreibung – bestimmen nach einem Zeitalter liberaler Demokratiebewegungen in erhöhtem Maße das politische Angebot. Ob Trump, Putin, Bolsonaro, Erdoğan, Orbán oder Netanjahu; ob Salafismus, Hindu-Nationalismus, ultra-orthodoxes Judentum, schiitische Allmachtsphantasien oder christliche Evangelikale; ob Alt-Right, ›America First‹, ›La France d'abord‹, ›Deutschland den Deutschen‹ oder die Siedlungspolitik im Westjordanland – weltweit ist eine Politik der Anti-Liberalität auf dem Vormarsch. Sie alle kombinieren Vorstellungen homogener und/oder superiorer Nationalität mit einer patriarchalen Inszenierung, die suggeriert, man hole sich zurück, was der Nation gehöre: vergangene Stärke und verlorene Macht. Was die letzten Jahrzehnte als Folge von emanzipativer Politik als überholt galt, inszeniert sich heute als Politik für das vermeintlich klar definierbare ›Volk‹ und als subversive Neudefinition von Bürgerlichkeit und Konservatismus neu. Der Rechtspopulismus schlägt offen zurück und stellt das Normensystem der pluralen Demokratie in Frage, besonders dort, wo die Forderungen nach Gleichheit automatisch auch die Infragestellung von Privilegien mit sich führen – z. B. als (Frauen-)Quoten, Gleichstellungsgesetze, Antidiskriminierungsrichtlinien oder Sprachsensibili-

sierung. Die Gleichheits- und Emanzipationsprozesse werden als Bevormundung, Volksverrat oder Luxusprobleme inszeniert; dabei wird kaschiert, dass eine feministische Politik auch gleichzeitig eine Anti-Ungleichheitspolitik ist – noch immer sind alleinerziehende Frauen die Gruppe, die am stärksten von Armut betroffen ist – und dass anti-rassistische Politik auch handfeste Arbeiterpolitik ist – Migrant*innen und ihre Nachkommen sind überwiegend immer noch Arbeiter*innen. Eine Politik, die sich um ihre Belange sorgt, sollte also nicht als entkoppelte Identitätspolitik diskreditiert werden. Der Schulterchluss, der gegen Gender-, Gleichstellungs- und Migrationspolitik von den Rändern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein gesucht wird, basiert auf dem Verweis darauf, dass die Vertreter*innen der pluralen Demokratie ihre Bodenhaftung verloren und durch ihre politische Korrektheit das Volk bevormundet hätten, welches sich jetzt aus der moralischen Unterdrückung befreie.

Die Abwehr von Migration ist also nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Ränder (Zick et al. 2016; Brähler/Decker 2018). Seit beinahe einem Jahrzehnt – beginnend mit den Debatten um Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« im Jahr 2010 – können wir in der deutschen Gesellschaft entlang der Positionierung zu Migration einen Rollback erkennen. Während das Jahrzehnt zuvor, besonders seit der Zuwanderungskommission unter der Leitung von Rita Süsmuth von Entwicklungen in Richtung der Akzeptanz, ein Einwanderungsland zu sein, geprägt war, hat sich die Abwertung von migrantisierten Anderen wieder als Teil des Sagbarkeitsrepertoires der gesellschaftlichen Mitte etabliert. Rückblickend reihen sich die Sarrazin-Debatten der frühen 2010er in eine Reihe von nationalen Debatten ein, die zeitgleich auch in anderen europäischen Einwanderungsländern rund um das Thema der nationalen Identität und Zugehörigkeit geführt wurden. Die Schweiz, Frankreich, England, Holland – sie alle handelten gegen Ende der nuller Jahre ihre nationale Identität in Feuilletondebatten und Fernsehansprachen neu aus. Und sie alle schärften ihre nationale Identität in der Auseinandersetzung mit Eingewanderten und speziell den als »Anderen« konstruierten Muslimen in ihren Ländern. Globalisierung, Schengen, »Europa ohne Grenzen« und die Position als globale Weltbürger auf der einen Seite korrelierten mit der Sehnsucht nach Einengung und Grenzziehung im Inneren.

Als die Schweiz im Jahr 2009 ihr Minarettverbot aussprach, knüpfte parallel dazu in Frankreich der damalige französische Staatspräsi-

dent Nicolas Sarkozy seine Debatten um die *identité nationale* ebenfalls an die Sichtbarkeit und Anerkennungsforderung der Muslime. Demut und Zurückhaltung, »une humble discrétion«, forderte er von den Muslimen, die sich als legitime Staatsbürger Frankreichs sahen und für sich ein Recht auf Praktizierung ihrer Religion und ein Heraustreten aus der Unsichtbarkeit der Assimilation einforderten (Le Bars 2009). Auch die Niederlande waren in den Jahren 2009/2010 mit Geert Wilders' Aufstieg und zunehmenden antimuslimischen Debatten konfrontiert. Ausgelöst durch den Mord am Regisseur Theo van Gogh durch einen radikal-islamistischen Attentäter marokkanischer Herkunft im Jahr 2004 waren dort bereits gesellschaftliche Auseinandersetzungen um das Zusammenleben mit muslimischen Einwanderern sowie um die Politik der multikulturellen Gesellschaft entbrannt. Die kontroverse Frage, die seitdem europaweit debattiert wird, ist, ob die multikulturellen Gesellschaften zu nachlässig im Umgang mit Minderheiten waren und zu freimütig erkämpfte emanzipatorische Rechte aufgegeben haben oder ob sie, im Gegenteil, vielmehr ihrem Versprechen der Gleichheit von Anbeginn nicht konsequent genug nachgekommen sind (Modood 2007; Grillo 2007; Scheffer 2011). Die Islamdebatten der 2010er Jahre fielen außerdem in einen Kontext, in dem europäische Gesellschaften auch mit terroristischen Attentaten durch Islamisten, teils in Form von *home-grown terrorism*, konfrontiert wurden. Einige europäische Länder wie England, Frankreich, Spanien oder die Niederlande waren zudem in Kriegen und Konflikten in muslimischen Ländern wie Afghanistan und dem Irak involviert. Die äußeren kriegerischen Konflikte, die innere Bedrohungslage durch Terroranschläge und die steigende Radikalisierung salafistischer Gruppierungen erzeugten ein zunehmendes Misstrauen und pauschale Abwertungen gegenüber muslimischen Einwanderern und ihren Nachkommen (Triandafyllidou/Modood 2006).

In den beginnenden 2000er Jahren hatte allerdings die zunehmende Liberalisierung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, die im Anschluss folgende Globalisierung, die Auseinandersetzungen mit kultureller Diversität und das gestiegene Bewusstsein gegenüber Diskriminierung und Nichtanerkennung zu veränderten politischen Bekenntnissen und zu emanzipativen Bestrebungen in den europäischen Gesellschaften geführt. Zunehmend verstanden sich diese, als plurale und offene Einwanderungsländer. Diese emanzipativen politischen Prozesse hatten auch die Migrant*innen und ihre Nachkommen in die Position versetzt, ihre Rechte auf strukturelle, soziale, kulturelle und

identifikative Anerkennung offensiver einzufordern und auszuhandeln. Sie sahen sich im Recht, als Teil der Gesellschaft sichtbarer aufzutreten und auch in ihrer Verschiedenheit Teil des Kollektivs zu sein. Eine außen- und innenpolitisch explosive Situation nach dem 11. September, den Kriegen in Irak und Afghanistan und ersten Terrorattacken im Inland traf also auf ein zeitgleich stattfindendes Erwachen der Einwanderungsgesellschaften und ihrer Einwanderer. Das erzeugte soziale und identitäre Spannungen, in deren Kontext bis heute die Aushandlungskämpfe um nationale Zugehörigkeit und die Rolle von Migration – und daran geknüpft und teilweise synonym dazu verwendet: die Rolle von Islam und Muslimen in Europa – zu verorten sind.² Die Fluchtmigration der Jahre 2015/16 hat diese Debatten nur verschärft; sie hat sie weder ausgelöst noch begünstigt.

Über Migration, Muslime und Islam werden Fragen von Rassismus, Antisemitismus, Geschlechtergerechtigkeit, Homophobie, sozialem Aufstieg und sozialer Ungleichheit gleichzeitig thematisiert – oder aber auch unsichtbar gemacht und de-thematisiert. Migration ist also einerseits Auslöser gesellschaftspolitischer Debatten um Normen und Werte, dient aber andererseits auch dazu, die Aushandlung zentraler Wertedefizite in der Gesellschaft zu überdecken: Wenn z. B. Antisemitismus vorrangig als ein Kernproblem der nach Deutschland geflüchteten Muslime diskutiert wird, so verdeckt die überbordende Kopplung dieser Normverletzung an die Migrationsfrage die Sachlage, dass Antisemitismus nicht erst durch Migration nach Deutschland gekommen ist und dass es in allen Berichtsjahren der Kriminalstatistik vor allem Personen waren, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden, die antisemitische Delikte verübten – 2017 waren es z. B. 1.412 der knapp 1.500 Täter. Das Gleiche gilt für die Debatten um Geschlechtergerechtigkeit oder soziale Abstiegsängste durch erhöhte Migration. Diese gesellschaftlichen Konfliktfelder sind und bleiben auch ohne Migration virulent – aber Migration nimmt zunehmend die Rolle eines Katalysators ein. Die Migrationsdebatten verdecken und transzendieren also gleichzeitig Grenzen gesellschaftlicher Konflikte. Es wäre daher notwendig, eine postmigrantische Perspektive einzunehmen, um die zu-

2 Riem Spielhaus macht in zahlreichen Texten darauf aufmerksam, wie die Verknüpfung von Islam und Migration die gesellschaftlichen Debatten prägt und wie die Begriffe ›Migrant‹ und ›Muslim‹ synonym und austauschbar verwendet werden (Spielhaus 2011, 2013a, 2018).

grundlegenden Konflikte auf ihren Migrationsbezug hin zu überprüfen oder sie in ihrer allgemeinen Ausprägung beschreiben zu können.

Niemand wird leugnen, dass traumatische Erfahrungen auf der Migrationsroute einen Effekt auf psychisches Verhalten haben – und niemand stellt in Frage, dass dies ein Problem ist, welches mit Migration zu tun hat, ebenso wie Depression und Verlustangst durch die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat entstehen können oder rückständige Rollenbilder, ethnische Konflikte, Männlichkeitsvorstellungen und Demokratiedistanz mit migrieren können. Auch eine verfehlte Migrationspolitik, die kaum Wege zur legalen Einwanderung ermöglicht, oder Rechts- und Statusentscheidungen in Bezug auf Aufenthalt oder Abschiebung erzeugen Konflikte, wie z. B. Illegalität oder Kriminalität, die einen Bezug zur Migration haben. Allerdings bleiben Fragen der Wohnungsnot, der Kinderarmut, der Geschlechterungleichheit, des Antisemitismus, der Bildungsmisere etc. allesamt bestehen, auch wenn es keinen einzigen Migranten in diesem Land gäbe. Also muss auch auf die Verdeckung dieser Konfliktlinien durch das Dauerthema Migration hingewiesen werden, um dieses alles überlagernde Thema zu dekonstruieren und hinter der Migrationsfrage nach Fragen von Statusverteidigung und Selbstbildkonstruktionen zu blicken, die möglicherweise einen Hinweis darauf liefern, warum so viele Ängste auf »die Migranten« transportiert werden. Geht es bei den aktuell als Migrationskonflikte markierten Kämpfen und dem Anstieg der Rechtspopulisten wirklich um Migration – verstanden als dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Menschen aus anderen Ländern –, oder geht es vielmehr um Fragen der sozialen Anerkennung, auch verbunden mit der Sicherung der eigenen Privilegien gegen aufsteigende Nachfolgenerationen und ehemals marginalisierte gesellschaftliche Gruppen, die in der gesellschaftlichen Distributionsarena nach den gleichen Ressourcen und Privilegien verlangen?

Eine Gesellschaft, die normativ die Hierarchisierung in Etablierte und Außenseiter nicht nur ächtet, sondern aktiv in Frage stellt und angreift – indem sie Anerkennungspolitiken zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Selbstbeschreibung macht und die binäre Codierung in »Migranten und Einheimische« für aufgelöst erklärt, kann als postmigrantische Gesellschaft bezeichnet werden. Sie stellt die große Frage danach, wie wir über die gesellschaftliche Trennlinie der Migration *hinaus* gelangen können, wenn wir in immer pluraler werdenden Gesellschaften zusammenleben wollen. Wenn knapp 40% der schulpflichti-